

Aktueller Newsletter der Landtagsabgeordneten und Landtagsvizepräsidentin Heike Hofmann

- Neues aus dem Landtag-

März 2023

Liebe Leserin, lieber Leser meines aktuellen Newsletters,

auch diesen Monat wurde in der Plenarsitzung des Hessischen Landtags hitzig diskutiert. Die schwarz-grüne Landesregierung hat mit ihrem Gesetzentwurf zur Novellierung des Personalvertretungsrechts sowie dem neuen Versammlungsfreiheitsgesetz wieder einmal bewiesen, dass sie den Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht nachkommen will. Auch um die polizeiliche Kriminalitätsstatistik ging es in der Plenarsitzung. Für die SPD-Fraktion ist diese ein klares Zeichen für die schwache Bilanz der Landesregierung im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.

Versammlungsfreiheitsgesetz: Letzte Woche wurde das neue Versammlungsfreiheitsgesetz verabschiedet. Leider entspricht dieses in keiner Weise seinem Namen. Das Kerngrundrecht unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, sich ohne Anmeldung und Erlaubnis friedlich und ohne Waffen versammeln zu dürfen, wird mit diesem Gesetz eingeschränkt. Eine Zusammenkunft von mindestens zwei Personen kann nun schon als Versammlung gelten. Jegliche öffentliche Veranstaltungen sind künftig spätestens 48 Stunden vor Bekanntgabe anzumelden. Die persönlichen Daten der Ordner müssen den Behörden mitgeteilt werden, wenn Anhaltspunkte für eine Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vorliegen. Dieses Gesetz ist nicht nur von Praxisuntauglichkeit geprägt, es erschwert auch die Ausübung der Meinungsfreiheit im Zuge politischer Versammlungen. Besonders die Zuständigkeiten zwischen Polizei- und Ordnungsbehörden sind mit Verabschiedung dieses Gesetz unklar. Die Gerichte müssen nun entscheiden, ob die einzelnen Regelungen überhaupt verfassungskonform sind.

Polizeiliche Kriminalstatistik: Die diesjährige hessische Kriminalstatistik wurde von Innenminister Beuth gelobt. Sie zeigt jedoch einen deutlichen Fallanstieg bei sinkender Aufklärungsquote. Besonders im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und der Kinderpornografie kam es, selbst mit Herausrechnung der „Coronajahre“ 2020/2021, zu einem starken Anstieg. Auch Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte hat zugenommen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert mehr als nur schärfere Strafen. Diesen Straftaten muss mit Aufklärung, Prävention und mehr Beratungs- und Anlauf- sowie Koordinierungsstellen gekontert werden. Auch eine Dunkelfeldstudie ist nötig, um ein realistisches Bild der tatsächlichen Kriminalität zu bekommen.

Die hohen Fallzahlen im Bereich der rechten Gewalt sind nicht nur ein Zeichen für die Gefahr für unsere Demokratie, sie zeigen auch, dass Rechtsextremismus strukturell bekämpft werden muss. Mit dem Aktionsplan der HessenSPD gegen Rechtsextremismus fordern wir die Stärkung der politischen Bildung in den Kindergärten und Schulen, der politischen Partizipation durch ein Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene, sowie einer eigenen Landesstiftung für Demokratie.

Um gute Polizeiarbeit zu erleichtern, muss der Einsatz von digitaler Technik und künstlicher Intelligenz gefördert werden. Die Attraktivität des Polizeiberufs hängt von seinen Bedingungen ab. Eine bessere Besoldung und Angebote, wie dem Schaffen von Wohnraum für Studierende, sind unerlässlich, um dem Personalmangel in der Polizei entgegenzutreten.

Personalvertretungsrecht: Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Personalvertretungsrechts wurde in der Anhörung von den Anzuhörenden zu Recht scharf kritisiert. Es fehlt vor allem der Wille an wirklicher Beteiligung und Demokratisierung, was in Zeiten, in denen unsere Demokratie verteidigt und gestärkt werden muss, unumgänglich ist.

Dieses Gesetz würde nur ein paar wenige oberflächliche Änderungen, wie dem Stichtag für Personalratswahlen enthalten. Auch die Mitbestimmung der Personalräte, besonders bei den Grundsätzen des Gesundheits- und Eingliederungsmanagements oder Kurzarbeit und Arbeitsformen außerhalb der Dienststelle, ist weiterhin stark eingeschränkt. Die hessische SPD-Fraktion steht für eine Stärkung der Mitbestimmung von Personalräten, beispielsweise durch ein gestärktes Initiativrecht. Dem Gesetzentwurf fehlt es jedoch auch an anderer Stelle an Substanz. Das Einigungsstellungsverfahren, sowie die Freistellungsregelungen für Beschäftigte wurden nicht verbessert. Die Bewältigung der Corona-Pandemie, die Digitalisierung, die anstehende Pensionierungswelle, die zunehmende Spezialisierung in vielen Bereichen und der Fachkräftemangel sind große Herausforderungen für den öffentlichen Dienst. Die schwarz-grüne Landesregierung hat nicht genug getan, um die Beschäftigten und Gewerkschaften zu stärken und sich auf diese Herausforderungen bestmöglich vorzubereiten.

Herzliche Grüße

Heike Hofmann

Heike Hofmann

Vizepräsidentin des Hessischen Landtags

